

Bürger sollen Straßenausbaubeiträgen und der Politik die Rote Karte zeigen

Leipziger Volkszeitung 05.08.18

Ein Aktionsbündnis startet heute eine landesweite Aktion gegen die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Mit einer Roten Karte, die im Altenburger Land an zwei Stellen ausliegt, können Bürger dagegen protestieren.



Das ist die Rote Karte für Straßenausbaubeiträge. Quelle: Wolfgang Kleindienst Altenburg

Der Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN) und die Bürgerallianz Thüringen rufen zur Aktion „Rote Karte für Straßenausbaubeiträge“ auf. In Thüringen werden in den nächsten Wochen Unterschriften dafür gesammelt. Der Startschuss für diese Aktion erfolgt heute. Um 10 Uhr beginnt die Unterschriftensammlung auf dem Markt in Saalfeld, auf dem Platz vor der Sparkasse. Die Roten Karten sollen möglichst wieder eingesammelt und dann im Herbst der Landesregierung übergeben werden. Sie können aber auch als Postkarte verschickt werden.

Bayern gilt als Vorbild

„Wir haben bewusst Saalfeld gewählt, weil sich der neue CDU-Bürgermeister Steffen Kania und weitere Kommunalpolitiker aus den umliegenden Gemeinden und Landkreisen nun auch für die Abschaffung der ungerechten Zwangsbeiträge ausgesprochen haben“, erklärt Wolfgang Kleindienst, der Vorsitzende der Bürgerallianz. Bisher haben etwa 25 Städte und Gemeinden die Resolution der Bürgerallianz Thüringen für eine Abschaffung der Beiträge nach dem bayrischen Vorbild beschlossen. Weitere Aktionen sind für ganz Thüringen in Planung. „Wir rufen alle betroffenen Grundstückseigentümer und Sympathisanten auf, uns dabei zu unterstützen“, sagt Kleindienst.

Straßen sollen mit Steuern bezahlt werden

„Straßenausbaubeiträge gehören abgeschafft. Sie sind ungerecht gegenüber betroffenen Grundstückseigentümern, weil Straßen und deren Nebeneinrichtungen von allen Bürgern benutzt werden können. Deshalb fordern wir, den kommunalen Straßenausbau grundsätzlich mit Steuereinnahmen des Staates zu finanzieren“, so Kleindienst weiter. In diesem Sinne hat der VDBG 2017 eine umfassend begründete Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Mehrere Gesetzgeber auf Länderebene haben indes bereits gehandelt: Nach Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg hat nun auch Bayern die Beiträge abgeschafft. Auch in anderen Bundesländern wird darüber ernsthaft diskutiert.

Offener Brief an Ramelow

In einem Offenen Brief hat die Bürgerallianz den Ministerpräsidenten Thüringens, Bodo Ramelow (Linke) und die Landtagsabgeordneten aufgefordert, die Straßenausbaubeiträge bedingungslos abzuschaffen. Nun haben sich auch der Gemeinde- und Städtebund Thüringen sowie viele Bürgermeister und Gemeinderäte für den generellen Verzicht zum 1. Januar 2019 ausgesprochen, informiert Kleindienst.

Übergangslösung kritisiert

Die jetzige Regelung im geänderten Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG) lässt nur eine Absenkung der Beiträge für bereits getätigte Baumaßnahmen und ab 2019 eine Abschaffung im Ermessen und in Verantwortung der Gemeinden zu. Dies ist für den VDBG und die Bürgerallianz Thüringen nur eine Übergangslösung, die zum Scheitern verurteilt ist.

Im Altenburger Land gibt es die Roten Karten ab morgen bei Gerd Pößiger, Am Göhrenanger 6 in Schmölln sowie im Reisebüro Goerke, Mittelstraße 16 bis 18, in Gößnitz.

Von Jens Rosenkranz

Schmöllner engagiert sich für Aktion gegen Straßenausbaubeiträge

Initiative hat landesweite Unterschriften-Aktion „Rote Karte für Straßenausbaubeiträge“ gestartet.
04. August 2018 / 02:44 Uhr Ostthüringer Zeitung



Rote Karte für Straßenausbaubeiträge – Gerd Pößiger hat 100 Stück davon in Saalfeld abgeholt und will sie nun in der Schmöllner Region verteilen. Foto: Jana Borath

Schmölln/Saalfeld. Der Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN) und die Bürgerallianz Thüringen rufen zur Aktion „Rote Karte für Straßenausbaubeiträge“ auf. In Thüringen werden in den nächsten Wochen Unterschriften dafür gesammelt. Der Startschuss für diese Aktion fiel am Donnerstag in Saalfeld. Auch Gerd Pößiger aus Schmölln engagiert sich seit langem für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Er reiste am Donnerstag extra nach Saalfeld, um sich 100 dieser Protestkarten zu sichern. Die will er jetzt in Schmölln verteilen. Vor allem auch an den Bürgermeister der Stadt, Sven Schrade (SPD) sowie an die Mitglieder des Stadtrates Schmölln. „Das ist doch so eine ungerechte Sache“, umreißt er seine Beweggründe. Denn Straßen seien Allgemeingut, werden von jedem genutzt, aber nur die Grundstückseigentümer sollen zahlen, wenn an kommunalen Straßen etwas getan werde. „Wie kann das denn sein“, fragt der 80-Jährige Schmöllner.

Er engagiert sich gegen die Straßenausbaubeiträge seit mehreren Jahren. Altbürgermeister Herbert Köhler habe immer versucht, diese Beitragszahlungen von den Schmöllner Grundstücksbesitzern abzuwenden. Erst als der Druck auf ihn zu groß geworden sei, habe er in dieser Sache klein beigeben müssen, erinnert sich Pößiger.

Mit seinem Protest will er den jetzigen Bürgermeister und alle Mitglieder des Stadtrates daran erinnern, dass sie ursprünglich auch immer gegen die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen gewesen sind. „Sie sollen sich auch dafür einsetzen“, meint er.

Dass ab 2019 die Beitragszahlungen ausgesetzt werden in Schmölln, wie es ein neues Gesetz in Thüringen zulässt, reicht für Pößiger nicht. „Wenn die Zahlungen ausgesetzt werden, sind sie damit nicht vom Tisch“, begründet er. Zumal auch diese Gesetzgebung für ihn mehr als ungerecht ist. Denn wer kann sich das Aussetzen von den Beiträgen leisten? „Nur die wohlhabenden Kommunen“, beantwortet er seine Frage gleich selbst. Die mit den klammen Kassen werden wieder hinten an gestellt.

Die Roten Karten für Straßenausbaubeiträge sollen möglichst wieder eingesammelt und dann im

Herbst der Landesregierung übergeben werden. Sie können aber auch als Postkarte verschickt werden.

„Wir haben bewusst Saalfeld als Start der Aktion gewählt, weil sich der neue CDU-Bürgermeister Steffen Kania und weitere Kommunalpolitiker aus den umliegenden Gemeinden und Landkreisen nun auch für die Abschaffung der ungerechten Zwangsbeiträge ausgesprochen haben“, erklärt Wolfgang Kleindienst, der Vorsitzende der Bürgerallianz. Bisher haben etwa 25 Städte und Gemeinden die Resolution der Bürgerallianz Thüringen für eine Abschaffung der Beiträge nach dem bayrischen Vorbild beschlossen. Weitere Aktionen sind für ganz Thüringen in Planung. „Wir rufen alle betroffenen Grundstückseigentümer und Sympathisanten auf, uns dabei zu unterstützen“, sagt Kleindienst.

„Straßenausbaubeiträge gehören abgeschafft. Sie sind ungerecht gegenüber betroffenen Grundstückseigentümern, weil Straßen und deren Nebeneinrichtungen von allen Bürgern benutzt werden können. Deshalb fordern wir, den kommunalen Straßenausbau grundsätzlich mit Steuereinnahmen des Staates zu finanzieren“, so Kleindienst weiter.

In diesem Sinne hat der VDBG 2017 eine umfassend begründete Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Mehrere Gesetzgeber auf Länderebene haben indes bereits gehandelt: Nach Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg hat nun auch Bayern die Beiträge abgeschafft. Auch in anderen Bundesländern wird darüber ernsthaft diskutiert.

In einem Offenen Brief hat die Bürgerallianz den Ministerpräsidenten Thüringens, Bodo Ramelow (Linke) und die Landtagsabgeordneten aufgefordert, die Straßenausbaubeiträge bedingungslos abzuschaffen. Nun haben sich auch der Gemeinde- und Städtebund Thüringen sowie viele Bürgermeister und Gemeinderäte für den generellen Verzicht zum 1. Januar 2019 ausgesprochen, informiert Kleindienst. Die jetzige Regelung im geänderten Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG) lässt nur eine Absenkung der Beiträge für bereits getätigte Baumaßnahmen und ab 2019 eine Abschaffung im Ermessen und in Verantwortung der Gemeinden zu. Dies ist für den VDBG und die Bürgerallianz Thüringen nur eine Übergangslösung, die zum Scheitern verurteilt ist.

Im Altenburger Land gibt es die Roten Karten seit gestern bei Gerd Pößiger, Am Göhrenanger 6 in Schmölln sowie im Reisebüro Goerke, Mittelstraße 16 bis 18, in Gößnitz.

Jana Borath / 04.08.18

Bürgerinitiative zeigt Straßenausbaubeiträgen die rote Karte

Mit einer thüringenweiten Unterschriftenaktion auf dem Fischmarkt wollen die Organisatoren gegen die Anliegerbelastung vorgehen

03. August 2018 / 02:01 Uhr Ostthüringer Zeitung



Bis zum Ende der Aktion gegen Donnerstagmittag hatten Lothar Blaschke (links) und Wolfgang Kleindienst rund 140 Unterschriften gesammelt. Foto: Robin Kraska

Saalfeld. „Ungerecht und unsozial.“ So bezeichnen Wolfgang Kleindienst, Chef der Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit (Birso), und Lothar Blaschke, Vizepräsident des Verbands deutscher Grundstückeigentümer (VDGN) Straßenausbaubeiträge. „In Zeiten wachsender Mobilität sind Straßen Allgemeingut und für jeden da. Dass Anlieger dafür einmalig oder wiederkehrend zur Kasse gebeten werden, ist inakzeptabel“, sagt Kleindienst. Ihr Ziel: Vollständige Abschaffung der Beiträge und alleinige Finanzierung über Steuern – und zwar ohne, dass sich die öffentliche Hand das Geld etwa über Umlagen an anderer Stelle vom Bürger beschafft. Gemeinsam haben beide Vereine die Aktion „Rote Karte für Straßenausbaubeiträge“ ins Leben gerufen, mit der sie in den kommenden Wochen in ganz Thüringen gegen die Beiträge mobil machen wollen. Auftakt war gestern auf dem Fischmarkt in Saalfeld. Auf der Rückseite der Karten können Teilnehmer mit ihrem Namen, Anschrift und Unterschrift ein Signal Richtung Erfurt senden. Dort sollen die gesammelten Karten im Herbst der Landesregierung überreicht werden. „Wir fordern den Ministerpräsidenten auf, endlich sein Wahlversprechen von 2014 zu erfüllen“, sagt Kleindienst. Das Beispiel des hoch verschuldeten Berlin habe gezeigt, dass es geht. „Allein, es fehlt der gute Wille ...“

Ob im Abschaffungsfalle bereits belastete Anlieger Rückerstattungen bekämen, wäre eine zweite Baustelle, sagt Lothar Blaschke, zu der es zu gegebener Zeit sicher neue Aktionen geben werde. Ramelow selbst dämpfte in einer öffentlichen Sprechstunde am 7. Juni in Pößneck Hoffnungen auf eine rückwirkende Aufhebung der Beiträge. „Unser Ziel ist jetzt, dass das Land Thüringen dem Beispiel Hamburgs, Baden-Württembergs, Berlins und zuletzt Bayerns folgt“, sagt Rainer Bonin von der VDBG-Beratungsstelle Erfurt. Mit kleinen Schritten, etwa einer Absenkung der Ausbaubeiträge für bereits getätigte Baumaßnahmen, will sich die Allianz nicht begnügen.

Zunächst wurden 10000 Karten gedruckt, die am Donnerstag gut angenommen wurden; ein Nachdruck ist geplant. „In zwei Stunden haben wir 140 Unterschriften gesammelt, dazu kommen noch die postalischen“, sagt Kleindienst zufrieden. Mitgemacht haben Betroffene wie Heiner Lorch aus Unterwirschbach, wo seine Frau ein Grundstück hat. Jetzt will er in Absprache mit

Ortsteilbürgermeister Lutz Müller im Ort 100 Karten verteilen. Eine ältere Dame, die ebenfalls unterschrieben hat, ist zwar nicht selbst betroffen, „eine große Sauerei finde ich es aber dennoch!“, sagt sie.

Robin Kraska / 03.08.18

Auftakt in Saalfeld: Bürgerinitiativen zeigen Straßenausbaubeiträgen die rote Karte

Im ganzen Freistaat sind Aktionen mit Infoständen geplant, an denen betroffene Bürger und alle Sympathisanten ihre Unterschrift gegen die Beiträge abgeben können.

02. August 2018 / 15:41 Uhr Ostthüringer Zeitung



Lothar Blaschke, Vizepräsident des Verbandes Deutscher Grundstücksbesitzer, und Wolfgang Kleindienst, Vorsitzender der Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit aus Pößneck mit den „roten Karten“ für Straßenausbaubeiträge. Foto: Robin Kraska

Saalfeld. Weg mit den Straßenausbaubeiträgen: Die Forderung von Bürgerallianz Thüringen und dem Verband Deutscher Grundstückseigentümer ist klar und deutlich. „Straßenausbaubeiträge sind so ungerecht wie unsozial“, heißt es vonseiten der Organisatoren in einer Mitteilung.

Mit einer thüringenweiten Unterschriftenaktion unter dem Motto „Rote Karte für Straßenausbaubeiträge“ wollen sie Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) mahnen, sein Wahlversprechen von 2014 einzulösen.

Im ganzen Freistaat sind Aktionen mit Infoständen beider Vereine geplant, an denen betroffene Bürger und alle Sympathisanten der Idee ihre Unterschrift gegen die Beiträge abgeben können. Auftakt war am Donnerstag, 2. August, auf dem Saalfelder Fischmarkt. Bundesweit haben bereits Berlin, Hamburg, Baden-Württemberg und zuletzt Bayern die Beiträge abgeschafft.

Bild unter meinem Namen gleich im System:

Lothar Blaschke, Vizepräsident des Verbandes Deutscher Grundstücksbesitzer, und Wolfgang

Kleindienst, Vorsitzender der Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit aus Pößneck mit den „roten Karten“ für Straßenausbaubeiträge.

MDR Thüringen Journal 02.08.17

Sendebeitrag beginnt nach 07:50 Minuten

https://www.mdr.de/mediathek/video-218064_zc-89922dc9_zs-df360c07.html